

Schleswig-Holsteinischer Landtag

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

54. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. November 2003,
im deutsch dänischen Grenzland

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Ingrid Franzen (SPD)

in Vertretung von Dr. Gabriele Kötschau

Astrid Höfs (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

in Vertretung von Peter Jensen-Nissen

Joachim Behm (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Gisela Böhrk (SPD)

Uwe Greve (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung

- 10.00 – 11.30 Uhr **1. Regionskontor der Region Schleswig/Sønderjylland**
Padborg / Bov, Hærvejen 11 b
- 12.00 – 13.30 Uhr **2. Sønderjyllands Amt**
Amtsgarden in Apenrade, Skelbækvej 2
- 13.45 – 15.30 Uhr **3. Bund deutscher Nordschleswiger (BdN)**
Generalsekretariat in Apenrade, Vestergade 30
- 4. Terminplanung für das erste Halbjahr 2004**
Umdruck 15/3982
- 5. Verschiedenes**

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung: Regionskontor der Region Schleswig/Sønderjylland

Andrea Kunsemüller, die Leiterin des Regionskontors, stellt die Region Schleswig/ Sønderjylland vor:

„Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zur Gründung der Region Schleswig/ Sønderjylland am 16. September 1997 haben die Nachbarn Sønderjyllands Amt sowie die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg ihre Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage gestellt. Ziel ist es, ein gemeinsames regionales Profil zu entwickeln, das gute Chancen hat, im europäischen Wettbewerb zu bestehen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, die Kontakte der Menschen untereinander und mit den verschiedensten Organisationen zu vertiefen, um dauerhafte grenzüberschreitende Kooperation zu schaffen.

Der Regionalrat ist das höchste Gremium der Region. Er hat 42 Mitglieder, wobei jede Seite 21 Mitglieder und zusätzlich bis zu drei Beobachter/-innen benennt. Neben Politikern sind auch Gewerkschafter, Arbeitgeber und die Minderheiten vertreten. Der Regionalrat hat jeweils einen deutschen und dänischen Vorsitzenden, der aus der Mitte seiner Vorstandsmitglieder (jeweils vier) gewählt wird. Der Vorstand tagt in einem Rhythmus von sechs bis acht Wochen, der Regionalrat trifft sich halbjährlich.

Zur Erarbeitung von Vorschlägen für gemeinsame Projekte werden Ausschüsse eingesetzt. Im einzelnen existieren folgende Ausschüsse:

- Wirtschaftsausschuss

Zurzeit wird im Rahmen eines Interreg Projektes an einem gemeinsamen Wirtschaftsplan gearbeitet, der in 1,5 Jahren vorliegen soll. Es ist bedauerlich, dass sich die Industrie an dem Projekt nicht direkt beteiligt.

- Regionalplanung

u.a. gemeinsame Verkehrsinfrastruktur

- Kultur / Gleichstellung / Sprache

Dieser Ausschuss verfügt als einziger über 60 000 € eigene Mittel. Er hat einen mit 8000 € dotierten deutsch dänischen Kulturpreis ausgelobt.

- Gesundheit

- Umwelt / Naturschutz

- Jugend und Sport.

Darüber hinaus existieren Facharbeitsgruppen (interkulturelle Verständigung, Frauen, ...), die Vorläufer der Ausschüsse.

Das Regionskontor, ausgestattet mit drei Mitarbeiter/-innen ist das gemeinsame Sekretariat der Region Schleswig/ Sønderjylland und gleichzeitig Informationsstelle für interessierte Bürger.

Die Region repräsentiert insgesamt 700 000 Menschen, davon 450 000 auf deutscher und 250 000 auf dänischer Seite. Mittelfristig wird ein Oberzentrum in der Region benötigt, Flensburg bietet sich hierfür an.

Sønderjylland und Schleswig haben aufgrund unterschiedlicher Verwaltungsstrukturen und rechtlicher Rahmenbedingungen verschiedene Kompetenzen und Aufgaben, wodurch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erschwert wird.

Schwierigkeiten ergeben sich auch aufgrund folgender Rahmenbedingungen: Die Region verfügt über keine eigenen Mittel. Zudem verbleiben häufig gerade die weniger aussichtsreichen und damit arbeitsintensiven Projekte beim Regionalrat.

Das Regionskontor war bisher als Serviceorganisation tätig. Ob der Regionalrat das Profil des Regionskontors zukünftig stärken will, bleibt abzuwarten“.

Helmut Wree, Kreispräsident des Kreises Nordfriesland, bemerkt, die Region benötige mehr Kompetenzen und Geld. Zudem müssten die vorhandenen Instrumente optimiert werden. Ein Bündeln der Kräfte sei erforderlich, um die Vielfalt der Aktivitäten in der Region sichtbarer zu machen. Die Ausschussbildung im vergangenen Jahr hätte eine positive Eigendynamik entwickelt. Die erarbeiteten Projekte würden den Bedürfnissen der Menschen gerecht.

Abg. Anke Spoorendonk erinnert daran, dass die Proteste anlässlich der Gründung der Region Schleswig/ Sønderjylland im Jahr 1997 sich nicht gegen die deutsch dänische Zusammenarbeit richteten, sondern gegen die Europäische Union. Insofern dürften keine verkürzten Zusammenhänge hergestellt werden. Es sei erfreulich, dass wir uns jetzt zur Normalität hin bewegten.

Sie habe den Eindruck, dass die Arbeit der Ausschüsse sehr unterschiedlich verlaufe, wobei die des Kulturausschusses sich vorbildlich gestalte.

Abg. Ingrid Franzen erläutert, Minister Gerd Walter habe derzeit den Anstoß für die Gründung der Region quasi von außen gegeben, weil in der Grenzregion selbst Vorbehalte gegen eine Institutionalisierung bestanden hätten.

Abg. Spoorendonk regt an, das Regionskontor zum Kompetenzzentrum weiterzuentwickeln und dessen Finanzmittel aufzustocken.

Andrea Kunsemüller weist auf das ab Juli 2004 geplante Infocenter Grenze des Regionskontors hin. Zurzeit gebe es viele verschiedene Netzwerke mit dem Ziel der Förderung eines deutsch dänischen Arbeitsmarktes (EURES – European Employment Services, GRAMARK – grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, ...), die nicht bekannt genug seien. Eine Kernaufgabe des Regionskontors liege darin, eine zentrale Anlaufstelle für Fragen der Grenzpendler zu schaffen. Beratungsbedarf bestünde insbesondere aufgrund des unterschiedlichen Arbeitsrechts und der unterschiedlichen Sozialgesetzgebung. Die Sprache stelle eine weitere Hürde dar. Zurzeit umfasse die Zahl der Grenzpendler in der Region insgesamt 2700 Arbeitnehmer.

Abg. Ingrid Franzen fragt nach den möglichen Auswirkungen der dänischen Ämterstrukturreform auf die Region Schleswig/Sønderjylland.

Abg. Astrid Höfs bittet um Auskunft, wie es um den Austausch junger Auszubildender bestellt ist.

Abg. Joachim Behm weist auf die Bedeutung von Interreg III A hin und die Notwendigkeit, die Projekte sichtbarer zu machen.

Helmut Wree beantwortet die Fragen wie folgt: „Sofern es zu der Ämterstrukturreform kommt, muss der Regionalrat von den Gebietskörperschaften in unmittelbarer Grenznähe getragen werden, damit die grenzüberschreitende Begegnung und Zusammenarbeit der Menschen weiterhin gewährleistet ist.“

Der Austausch junger Auszubildender wird durch die sehr unterschiedlichen Ausbildungssysteme in Deutschland und Dänemark erschwert. Zudem ist eine vermehrte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Unternehmer wünschenswert. Ein Aspekt, der häufig bei der im Vordergrund stehenden Grenzpendlerfrage vernachlässigt wird.

Die Interreg Arbeit wird im wesentlichen vom Lenkungsausschuss geleistet und läuft damit parallel zu der Arbeit des Regionalrates. Eine gemeinsame Strategie existiert bisher nicht.“

Abg. Ulrike Rodust macht auf die Bedeutung der wechselseitigen Medienberichterstattung über die Tagespolitik in Deutschland und Dänemark aufmerksam.

Abg. Thorsten Geißler fordert mehr Unterrichtsmaterial für das autodidaktische Erlernen der dänischen Sprache.

Andrea Kunsemüller weist auf den Beschluss des Regionalrates zu den „Erwartungen der Region Sønderjylland/Schleswig an den Dänischunterricht der allgemeinbildenden Schulen im Landesteil Schleswig“ hin (vgl. Anlage) und bittet den Europaausschuss, dessen Umsetzung durch die Landesregierung einzufordern.

Abg. Rolf Fischer fasst die Gesprächsergebnisse abschließend wie folgt zusammen:

„Der Europaausschuss

- wird sich dafür einsetzen, dass auch nach 2006 nennenswerte Interreg Mittel in die deutsch dänische Grenzregion und nicht nur an die Außengrenzen der Europäischen Union fließen,
- wird den Antrag des Regionalrates zu Dänischunterricht im Landesteil Schleswig unterstützen und
- ist übereinstimmend der Auffassung, dass der Regionalrat und das Regionkontor unverzichtbar für die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind.“

Punkt 2 der Tagesordnung: Sønderjyllands Amt

Gesprächspartner von dänischer Seite:

- Carl Holst, Amtsbürgermeister von Sønderjyllands Amt
- Mads S. Eriksen; Mitglied in Sønderjyllands Amtsrat
- Hinrich C. Jürgensen, Mitglied in Sønderjyllands Amtsrat, Mitglied im Regionalrat
- Anna M. Ikast, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Unterricht im Amtsrat, Mitglied im Regionalrat, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Sprache im Regionalrat
- Jens Andresen, Vorsitzender des Ausschusses für Technik und Umwelt im Amtsrat, Mitglied im Regionalrat
- Niels Johannesen, Amtsdirektor von Sønderjyllands Amt
- Gert Gammelgaard, Mitarbeiter im Hauptamt von Sønderjyllands Amt, Abteilung für Planung, Entwicklung und Internationales (Partnerschaftsabkommen Schleswig/Sønderjylland)

Ämterstrukturreform

Carl Holst führt aus, dass das Gutachten zur Ämterstrukturreform am 9. Januar 2004 veröffentlicht werde. Veränderungen seien absehbar. Auch wenn es zu der Bildung eines Großamtes käme, gebe es immer eine Behörde, die sich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit annehme. Die Zusammenarbeit suche sich ihren Weg von allein und zwar dort, wo sich aufgrund von ökonomischen Interessen ein positiver Austausch etabliere.

Bis zum März / April 2004 solle der politische Rahmen feststehen, sprich die Richtung der Veränderungen sowie die Aufgaben- und Lastenverteilung. Es sei geplant, den Durchführungsprozess noch innerhalb der bis zum 1.1.2006 laufenden Wahlperiode abzuschließen. Offen bleibe, inwieweit diese Planung realistisch sei.

Hinrich C. Jürgensen weist darauf hin, dass die deutsche Minderheit vor dem Hintergrund der geplanten Ämterstrukturreform voraussichtlich an politischem Einfluss verliere.

Er könne sich vorstellen, dass die drei grenznahen Kommunen Sonderburg, Apenrade und Tondern zukünftig den Regionalrat auf der dänischen Seite bildeten, denen dann die der Größenordnung der Kommunen entsprechenden Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg auf deutscher Seite gegenüber stünden. Das Großamt wäre das Pendant zu dem Land Schleswig-Holstein, so dass die grenzüberschreitende Kooperation auf zwei Ebenen verlief.

Anna M. Ikast bemerkt, die neue Ämterstruktur müsse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht schaden. Es gehe nicht per se um die Grenze, es gehe um die Aufgaben. Sie halte es für sinnvoll, die Aufgaben des Regionalrates auf das neue dänische Großamt und auf ganz Schleswig-Holstein auszudehnen. Dann gelänge es auch, verstärkt die politische Aufmerksamkeit auf die deutsch-dänische Region zu lenken.

Mads S. Eriksen weist als Kommunal- und Amtratsvertreter darauf hin, dass die Gemeinden in vielen Gebieten freiwillige Kooperationen eingingen. Dieser Ansatz sei tragfähiger, als wenn die Zusammenarbeit von einer übergeordneten Instanz verordnet werde.

Abg. Frauke Tengler fragt, ob der Regionalrat zukünftig mehr Kompetenz erhalten solle?

Abg. Ulrike Rodust weist auf die Notwendigkeit hin, dass auch die Bevölkerung hinter der Ämterstrukturreform stehe.

Abg. Anke Spoorendonk fragt, ob die Region durch eine gewählte Versammlung vertreten oder ob es sich um eine administrative Einheit handeln werde?

Im Falle einer Großregion mit dem Land Schleswig-Holstein als Partner werde sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Richtung Großprojekte verändern. Dabei dürften die Netzwerke an der Grenze aber nicht vernachlässigt werden.

Carl Holst stellt klar, dass der Regionalrat keinesfalls mehr direkte Befugnisse, sondern allenfalls indirekt durch das Delegieren von Aufgaben auf dem kulturellen Gebiet mehr Zuständigkeiten erlangen werde.

Die Bevölkerung sei noch nicht direkt in die Diskussion um die Ämterstrukturreform einbezogen worden, zumal die Ergebnisse der Strukturkommission bisher nicht vorlägen. Die Bevölkerung sei im wohlverstandenen Sinn nicht der einzelne Bürger, sondern der Vertreter der Amtskommune, dem die Sicherstellung von öffentlichen Aufgaben obliege.

Bei dem Regionsrat werde es sich um ein vom Volk gewähltes Organ handeln.

Jens Andresen weist auf die im Zuge der Reform angestrebte Größe der Kommunen mit 50 000 Einwohnern hin. Sollte eine selbständige Vertretung der bisherigen Gemeinden zukünftig nicht mehr gesichert sein, müsse zumindest ein Rederecht für die Teilkommunen gewährleistet werden.

Abg. Manfred Ritzek betont, der Europäische Verfassungsvertrag nehme ausdrücklich auf die Regionen und die Kommunen Bezug. Diesem Ansatz folgend sollten wir nicht nur auf die großen Einheiten setzen.

Gemeinsame grenzüberschreitende Projekte als Ergebnis des Partnerschaftsabkommens Sønderjylland Amt – Landesregierung Schleswig-Holstein

Gert Gammelgaard erwähnt ein Gespräch mit dem schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Rohwer, in dem beide Seiten erklärt hätten, auch zukünftig die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der Region zu unterstützen. Es solle eine deutsch-dänische Task Force mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik eingesetzt werden, die zum Ziel habe, neben einzelnen Projekten eine Strategie für die Interreg Kooperation zu generieren. Die Inhalte und die Form der Zusammenarbeit müssten aufeinander abgestimmt werden. Die unterschiedlichen Strukturen beiderseits der Grenze erschwerten die Interreg basierte Kooperation.

Carl Holst ergänzt, dass es insbesondere in dem Bereich Transport und Logistik grenzüberschreitende Lösungen geben müsse. Diese Thematik werde schwerpunktmäßig in der nächsten Sitzung mit der Landesregierung behandelt.

Abg. Ingrid Franzen äußert die Einschätzung, dass das Partnerschaftsabkommen zwischen Sønderjyllands Amt und der Landesregierung Schleswig-Holstein angesichts der geplanten Ämterstrukturreform an Bedeutung gewinnen wird.

Abg. Rolf Fischer fragt, ob eine deutsch dänische Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine Perspektive habe?

Carl Holst verweist auf das INTERREG III A Projekt „RegNet D/DK“. In Kooperation der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mit dem Sønderjyllands TIC & Erhvers Center und weiteren Partnern solle in der deutsch dänischen Grenzregion eine gemeinsame Wirtschaftsförderung entstehen. Die Ergebnisse dieser gemeinsamen Wirtschaftsvernennung, -beratung und -förderung müssten zunächst einmal abgewartet werden.

Der Wert des Grenzüberschreitenden müsse offensiver zur Geltung gebracht werden: Eine Fabrik mit Standort in Flensburg habe selbstverständlich auch positive Effekte auf das Einzugsgebiet Sønderjylland.

Abg. Anke Spoorendonk regt an, Leitlinien für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu entwickeln, um den Bedarf und die Zielsetzung zu konkretisieren.

Gert Gammelgaard unterbreitet den Vorschlag, Homepage Präsentationen so aufzubereiten, dass sie auf beiden Seiten der Grenze lesbar seien. Dies wäre ein erster Einstieg in die erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Carl Holst erwähnt abschließend die Absicht der europäischen Kommission, die drei deutsch dänischen Interreg Programme zusammenzulegen. Wir sollten uns auf diese Entwicklung einstellen.

Nordseekooperation

Jens Andresen zählt verschiedene Bereiche der Nordseekooperation auf:

- Wattenmeerkooperation

Dänemarks Partner seien Nordfriesland, Dithmarschen, und Provinzen von Holland. Niedersachsen sei bedauerlicherweise nicht in die Kooperation eingebunden.

- Entwicklung von Offshore Windanlagen in der Nordsee

Die Standorte für Windenergieanlagen wären auf dem Festland relativ willkürlich gewählt worden. Der gleiche Fehler dürfte Offshore nicht wiederholt werden.

- Schiffssicherheit

Die dänische Zentralregierung messe dem Thema nicht genug Aufmerksamkeit bei.

- Fremdenverkehrsentwicklung
- Fischerei (Aufgabe der nationalstaatlichen Ebene)

Es sei wünschenswert, die Regeln für die deutschen und dänischen Fischer zu harmonisieren. So könnten beispielsweise – obwohl in Dänemark verboten – in Deutschland Muschelbänke in Aquakultur angelegt werden.

Carl Holst schließt die Sitzung.

Punkt 3 der Tagesordnung: Bund deutscher Nordschleswiger (BdN)

Gesprächspartner seitens des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN):

- Jes Jepsen, stellvertretender Hauptvorsitzender des BdN
- Peter-Iver Johannsen, Generalsekretär des BdN
- Nis Edwin Petersen, Büchereidirektor
- Hinrich Jürgensen, Amtratsvertreter für die Schleswigsche Partei
- Gerhard Mammen, Vorsitzender der Schleswigschen Partei
- Rasmus Hansen, Geschäftsführer des BdN (Haushalt)
- Stephan Kleinschmidt, 2. Vorsitzender der Jungen Spitzen, Präsident der Jugend europäischer Volksgruppen

Jes Jepsen leitet ein, außer in Portugal und Island gebe es keinen Staat in Europa ohne Minderheiten. Jeder siebente Bürger in Europa gehöre einer Minderheit an. Aufgabe der deutschen Minderheit sei es, die deutsche Kultur und Sprache in Einklang mit den dänischen Staatsbürgerpflichten zu pflegen. Eine weitere wichtige Aufgabe der Minderheit sehe er in der Rolle als Mittler für die grenzüberschreitende Arbeit. In der Grenzregion würde Europa vorgelebt.

Die vielfältigen grenzüberschreitenden Aktivitäten mit Deutschland, angefangen bei der deutsch dänischen Bürgermeisterkonferenz über die Zusammenarbeit in den Bereichen Universität, Krankenhaus bis hin zu dem gemeinsamen Rettungsdienst würden von der dänischen Bevölkerung als Bereicherung angenommen.

Vor dem Hintergrund von Minderheitenpolitik als Friedenspolitik müsse auf eine weiterreichende Verankerung des Minderheitenschutzes in der europäischen Verfassung hingearbeitet werden.

Abg. Rolf Fischer charakterisiert Minderheitenpolitik als typische Querschnittsaufgabe (nicht nur Bildung und Kultur) mit europäischer Dimension. Wir stünden vor der Aufgabe, Standards in Europa zu diskutieren und zu setzen.

Abg. Frauke Tengler bittet um eine Einschätzung, wie sich die Ämterstrukturreform auf die Zukunft der deutschen Minderheit auswirkt.

Gerhard Mammen antwortet, für die SP sei es in einem Großamt unmöglich, einen Sitz für eine Vertretung im Amtratsrat zu gewinnen. Er ermutigt die Mitglieder des Europaausschusses, die Auswirkungen der Ämterstrukturreform auf die deutsche Minderheit bei jeder sich bietenden Gelegenheit anzusprechen, ohne dass damit automatisch eine Einmischung in innerdänische Angelegenheiten verbunden sei.

Veränderungen im Bereich der kommunalen Angelegenheiten bei Kindergärten, Sportvereinen und Senioren würden sich stark auf die Arbeit der deutschen Minderheit auswirken. Insofern wäre ein Neuzuschnitt der Kommunen noch einschneidender für die Minderheit als die

der Ämter. Auch hier bestünde die Gefahr, nicht mehr auf der kommunalen Ebene vertreten zu sein.

Sønderjyllands Amt sei von der Größe her zwischen einem Kreis- und einem Landtag anzusiedeln. Ein noch größeres Amt bewege sich sehr weit weg von der Basis und der Grenze.

Jes Jepsen erwähnt ein Schreiben des BdN an die Strukturkommission, in dem die Minderheit fordere, weiterhin in den verschiedenen Gremien zu vertreten sein. Es sei der Volksgruppe zugesichert worden, dass dieses Schreiben ungekürzt an das Folketing weitergeleitet werde. Sollte es nicht zu der politischen Vertretung kommen, werde eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erwogen.

Hinrich Jürgensen ergänzt, dass die kleineren Institutionen der deutschen Minderheit nicht so stark rationalisieren könnten wie z.B. die dänischen Kindergärten. Es wäre besser, wenn die die deutsche Minderheit die finanzielle Unterstützung für die Kindergärten nicht von den Kommunen, sondern von dem dänischen Innenministerium bekäme.

Abg. Anke Spoorendonk bemerkt, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit lebe davon, dass die Minderheiten sich einbrächten. Sie fragt, ob es eine wahlrechtliche Strategie z.B. die Befreiung für die Vertretung der deutschen Minderheit von einer Mindeststimmzahl gebe?

Gerhard Mammen antwortet, der BdN habe eine interne Strategie entwickelt, die Volksgruppe wolle jedoch zunächst einmal Vorschläge abwarten, um dann darauf einzugehen. Seiner Einschätzung nach werde auch das letzte Mandat mit der geringsten Stimmzahl nicht für eine Vertretung der deutschen Volksgruppe reichen.

Nis Edwin Petersen weist darauf hin, dass die Zuschüsse des Amtes Sønderjylland für das Büchereiwesen der deutschen Minderheit um 30% gekürzt worden seien. Diese Entwicklung sei durch eine entsprechende Kürzung in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg angestoßen worden. Die Minderheitenarbeit, insbesondere der Erhalt von Sprache und Kultur, erleide dadurch einen herben Rückschlag.

Peter-Iver Johannsen dankt für die Überrollung der Minderheitenförderung aus dem Landeshaushalt auch wenn damit nicht die steigenden Personalkosten aufgefangen werden könnten. Zugleich werde bei dem Zuschussniveau von dänischer Seite gespart.

Dank einer konzertierten Aktion von MdB Jürgen Koppelin, MdB Wolfgang Börnsen und MdB Cornelia Sonntag-Wolgast sei die Förderung des BdN aus dem Koch-Steinbrück Papier rausgefallen. Dazu hätte auch die gemeinsame Presseveröffentlichung von MdL Rolf Fischer und MdL Anke Spoorendonk „Minderheitenförderung sind keine Subventionen“ beigetragen.

Abg. Anke Spoorendonk bemerkt, es sei widersinnig, um Steuern zu senken, die Kommunen zu beschneiden, die dann wiederum ihre freiwilligen Leistungen kürzten, während auf Landesebene die Minderheitenzuschüsse überrollt würden. Politik habe eine Vorbildfunktion und dürfe nicht den Technokraten überlassen werden.

Abg. Thorsten Geißler fragt, ob der Kontaktausschuss in Kopenhagen für die Probleme der deutschen Minderheit infolge Ämterstrukturreform sensibilisiert worden sei.

Gerhard Mammen antwortet, das Sekretariat der deutschen Volksgruppe existiere seit 1983 in Kopenhagen. Der Erfolg der Arbeit des Sekretariates basiere auf der parteiübergreifenden Zusammenarbeit mit Folketingsabgeordneten und dem großen Verdienst des Leiters. Das Ge-

spräch auf Augenhöhe im Kontaktausschuss (Vorsitz Innenminister, Folketingsabgeordnete aus Nordschleswig, BdN Vertreter) werde dadurch allerdings nicht ersetzt.

Abg. Manfred Ritzek bittet um Auskunft, wie sich die Entwicklung der deutschen Volksgruppe in den letzten zehn Jahren vollzogen habe.

Peter-Iver Johannsen erläutert, in den letzten zehn Jahren hätte sich die Zahl der Kinder an den Schulen und Kindergärten der deutschen Minderheit sogar positiv entwickelt. Über einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren sei die Anzahl allerdings etwas rückläufig. Die jüngeren Menschen seien beruflich mobil und kämen nur selten in die Region zurück. Die Wirtschaftsberatungsgesellschaft arbeite an einer Studie, wie die jungen Leute in der Region gehalten werden könnten.

Stephan Kleinschmidt präzisiert, von zehn Jugendlichen mit weitergehender Ausbildung verließen neun den Landesteil. Sønderjyllands Amt sei das einzige Amt mit rückläufiger Bevölkerungszahl. Die grenzüberschreitenden Ausbildungsgängen dürften unter einer Ämterstrukturreform nicht leiden. Es sei wichtig, bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eher die positiven und weniger die negativen Erfahrungen in den Vordergrund zu stellen, um für die Region zu werben.

Abg. Ulrike Rodust bemerkt, die Bereitschaft zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beginne nördlich von Schleswig. Der südliche Teil Schleswig-Holsteins müsse gleichfalls einbezogen werden, damit die dortigen Arbeitnehmer sich nicht ausschließlich in Richtung Hamburg orientierten. Es gelte, die Marketingstrategie entsprechend anzupassen.

Abg. Anke Spoorendonk fordert dazu auf, die Entwicklung der Region nicht geschichtslos zu betrachten. Harmonie um jeden Preis helfe nicht weiter, wie die Diskussion um die Gründung des Regionalrates gezeigt habe. Wir würden schließlich nicht das alte Herzogtum Schleswig wieder zum Leben erwecken wollen.

Punkt 4 der Tagesordnung: Terminplanung für das erste Halbjahr 2004

Der Umdruck 15/3982 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 der Tagesordnung: Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 15.30 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Schmidt Holländer
Protokollführerin

Bilag/Anlage 8

Bestyrelsen for Regionalrådet anbefaler Regionalrådet følgende indstilling:

Region Sønderjylland/Schleswigs forventninger til danskundervisning i skolerne i Landesteil Schleswig

1. Status

Det at beherske et 2. og evt. også et 3. sprog som grundlæggende nøglekendskab såvel kulturelt som erhvervs mæssigt udgør traditionelt et centralt punkt inden for skoleuddannelse. I en verden, der bliver mere og mere globaliseret, får denne sproglige og kulturelle nøglekompetence stadig større betydning. Det er bevist, at det at lære og beherske et andet sprog ud over sit modersmål udvikler børns intellektuelle og interkulturelle evner, helt uafhængigt af, hvilket sprog det drejer sig om.

I Landesteil Schleswig er formidling af dansk som 2. sprog hensigtsmæssig af flere grunde:

- a) Nærheden til Danmark giver mange muligheder for såvel at lære som at anvende sproget i praksis
- b) Gennem bredere og bedre danskundskaber hos den tyske befolkning kan de gode forbindelser til den nordlige nabo styrkes og udbygges
- c) Det vil have en positiv indflydelse på dannelse af et fælles arbejdsmarked i den dansk-tyske grænseregion.

Det er glædeligt, at de aktuelle tal på tysk side viser en stigende efterspørgsel, hvad danskundervisning angår. Desværre er det kvantitative udbud i folkeskolen inden for de senere år forblevet på et beskedent niveau. Det gælder om at få ændret dette, hvis der skal ske en betydelig udvikling i det grænseoverskridende samarbejde - især dannelsen af et fælles arbejdsmarked.

Der Vorstand des Regionalrates empfiehlt dem Regionalrat folgende Beschlussvorschlag:

Erwartungen der Region Sønderjylland/Schleswig an den Dänischunterricht der allgemeinbildenden Schulen im Landesteil Schleswig

1. Situationsbeschreibung

Die Beherrschung von Zweit- und z.T. Drittsprachen als grundlegende Schlüsselkompetenzen im kulturellen und wirtschaftlichen Leben stellt traditionell einen Schwerpunkt der schulischen Bildung dar. In der zunehmend globalisierten Welt nimmt die Bedeutung dieser sprachlichen und kulturellen Schlüsselkompetenz rasch zu. Es ist gesicherte Erkenntnis, dass das Erlernen und die Beherrschung einer weiteren Sprache neben der Muttersprache intellektuelle und interkulturelle Fähigkeiten bei Kindern fördert, unabhängig davon, um welche Sprache es sich handelt.

Im Landesteil Schleswig bietet sich die Vermittlung der dänischen Sprache als zweite Fremdsprache aus mehreren Gründen an:

- a) Die Nähe zu Dänemark ermöglicht viele praxisorientierte Lern- und Anwendungsmöglichkeiten
- b) Die guten Verbindungen zum nördlichen Nachbarn werden durch breite und vertiefte Dänischkenntnisse in der deutschen Bevölkerung gefestigt und ausgebaut
- c) Die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes in der deutsch-dänischen Grenzregion wird nachhaltig befördert.

Die aktuellen Zahlen auf deutscher Seite zeigen erfreulicherweise eine steigende Nachfrage im Bezug auf den Dänischunterricht. Leider ist das quantitative Angebot an den allgemeinbildenden Schulen in den letzten Jahren auf einem bescheidenen Niveau konstant geblieben. Dieses gilt es zu ändern, wenn die grenzüberschreitende Zusammenarbeit - insbesondere das Zusammenwachsen des Arbeitsmarktes - entscheidend vorangebracht werden soll.

2. Initiativer

Der er i Region Sønderjylland/Schleswig igangsat spredte, meget lovende initiativer i forbindelse med at fremme danskundervisningen i den tyske folkeskole, og der er behov for at støtte disse initiativer med henblik på at opnå en breddevirkning. Erfaringer og viden fra eksisterende skolesamarbejde, f.eks. i det grænseoverskridende INTERREG-projekt mellem gymnasierne i Tønder og Niebüll og projektet "Yggdrasil" mellem offentlige skoler og det danske mindretals skoler, bør formidles videre til - og så vidt muligt overføres til - så mange skoler i regionen som muligt.

Projekterne viser bl.a., at den nødvendige kompetence allerede findes i Landesteil Schleswig hhv. i Sønderjylland. Det gælder om, gennem en fælles indsats og en klar strategi, fremover at udnytte disse kompetencer til at styrke Region Sønderjylland/Schleswig.

Konkrete tiltag til fremme af danskundervisningen i den tyske del af Regionen

For at nå det ovennævnte mål skal følgende tiltag gennemføres på kort sigt:

- ændringer i skoleskemaet for den tyske "Hauptschule", således at dansk bliver anerkendt som et regulært fag og dermed ikke mere som valgfag er underlagt konstante forandringer
- for at sikre kontinuitet i danskundervisningen på skolerne samt i den enkelte elevs skoleforløb skal der gennemføres ændringer i ministeriets bekendtgørelser, således at der bliver mulighed for mindre klassetårreiser i faget dansk. Der gælder det samme for gymnasier og "Hauptschulen"

2. Ansätze

In der Region Sønderjylland/Schleswig gibt es vereinzelt vielversprechende Ansätze zur Förderung des Dänischunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen, die der besonderen Unterstützung bedürfen, um eine Breitenwirkung zu erzielen. Erfahrungen und Erkenntnisse aus Schulkooperationen, wie sie z.B. im grenzüberschreitenden INTERREG-Projekt der Gymnasien Tønder und Niebüll oder auch im Projekt „Yggdrasil“ zwischen öffentlichen Schulen und Schulen der dänischen Minderheit z.Zt. betrieben werden, sind an möglichst viele Schulen der Region zu vermitteln und möglichst zu übertragen.

Die Projekte zeigen u.a., dass die erforderlichen Kompetenzen bereits im Landesteil bzw. in nächster Nähe in Sønderjylland vorhanden sind. Es gilt, sie mit vereinten Kräften und einer klaren Strategie gewinnbringend für die Zukunft der Region Sønderjylland/Schleswig einzusetzen.

Konkrete Maßnahmen zur Förderung des Dänischunterrichts im deutschen Teil der Region Sønderjylland/Schleswig

Um das oben genannte Ziel zu erreichen, sind folgende Maßnahmen kurzfristig umzusetzen:

- Änderungen der Studentafel an den Hauptschulen in dem Sinne, dass Dänisch dort als Fach anerkannt wird und nicht länger als AG einem ständigem Wechsel unterliegt.
- Zur Sicherung der Kontinuität des Dänischunterrichts an den Schulen sowie des Schulverlaufs des einzelnen Schülers ist der Erlass zu den Wahlpflichtkursen an den Realschulen so zu ändern, dass im Wahlpflichtfach Dänisch kleinere Gruppengrößen ermöglicht werden. Entsprechendes gilt für die Kursgrößen an Gymnasien und Hauptschulen

- styrket samarbejde med uddannelsesinstitutionerne i Sønderjylland for bl.a. for at gøre det lettere for dansklærerne på den tyske side af regionen at få adgang til aktuelt dansk undervisningsmateriale.

På længere sigt skal der frem til 2006 gennemføres følgende tiltag:

- indførelse hhv. styrkelse af dansk som 2. fremmedsprog fra 7. klasse på alle de forskellige tyske skoletrin: "Hauptschulen", "Realschulen", "Gesamtschulen" og gymnasier. I nærheden af grænsen skal det gradvis udvides også til 5. og 6. klasse.
- I den tyske del af Region Sønderjylland/Schleswig skal dansk indføres om det sprog, eleverne på de første klassetrin gøres bekendt med inden for konceptet "sprogmede". For at sikre tilstrækkelige dansklærerkræfter bør også kvalificerede personer uden for skoleområdet inddrages.
- for at sikre en kontinuerlig danskundervisning inden for gymnasiale ungdomsuddannelser i den tyske del af Region Sønderjylland/Schleswig skal der tilbydes såvel begynderkurser som undervisning for øvede
- Det skal sikres, at der findes mindst to lærere på hver flersporet skole ("Realschulen" og gymnasiale ungdomsuddannelser) med en relevant uddannelse i faget dansk.

- Verstærket Kooperation mit den Bildungseinrichtungen in Sønderjylland, um den Dänischlehrkräften auf deutscher Seite der Region u.a. den Zugang zu aktuellem dänischen Lehrmaterial zu erleichtern.

Ferner sind mittefristig bis 2006 folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Einführung bzw. Stärkung von Dänisch als 2. Fremdsprache ab der 7. Klasse an allen Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien der Region. In Grenznähe stufenweise Erweiterung auf die ersten Klassen der Sekundarstufe.
- Nutzung des Fremdsprachenfrühbeginns für die Einführung von Dänisch als Begegnungssprache an allen Grundschulen im deutschen Teil der Region Sønderjylland/Schleswig. Um die Versorgung zu gewährleisten, sollten auch qualifizierte Personen aus dem außerschulischen Bereich herangezogen werden.
- Zur Sicherung eines kontinuierlichen Dänischunterrichts an den Fachgymnasien im deutschen Teil der Region Sønderjylland/Schleswig sind sowohl Anfängerkurse als auch Unterricht für Fortgeschrittene auf der Grundlage des Hamburger Abkommens als 2. Fremdsprache für Realschüler und -schülerinnen anzubieten.
- Es ist sicherzustellen, dass mindestens zwei Lehrkräfte an jeder mehrzügigen Realschule und an jedem (Fach-)Gymnasium im Landesteil vorhanden sind, die eine entsprechende Ausbildung im Fach Dänisch besitzen.

Bestyrelsen indstiller til Regionalrådet at vedtage følgende beslutning:

Indstilling: Regionalrådet opfordrer delstaten Slesvig-Holsten til bl.a. gennem de overfor nævnte tiltag at sikre et kontinuert og fagligt funderet tilbud i faget dansk i folkeskolerne i den tyske del af Region Sønderjylland/Schleswig. Gennem en målrettet ansættelsespolitik skal der sørges for, at dette tilbud også vil være gældende på lang sigt. Delstaten opfordres til at holde Regionalrådet orienteret dels om gennemførelsen af beslutningen dels om, hvorvidt disse tiltag evt. skal integreres i partnerskabsaftalen med Sønderjyllands Amt.

Der Vorstand empfiehlt dem Regionalrat folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag: Der Regionalrat fordert das Land Schleswig-Holstein auf, ein kontinuierliches und fachlich fundiertes Angebot im Fach Dänisch an den allgemeinbildenden Schulen im deutschen Teil der Region Sønderjylland/Schleswig u.a. durch die oben genannten Maßnahmen zu gewährleisten und durch eine zielgerichtete Einstellungspolitik langfristig abzusichern. Das Land wird aufgefordert dem Regionalrat über die Umsetzung sowie eine evtl. Einbeziehung der Maßnahmen in den Partnerschaftsvertrag mit Sønderjyllands Amt zu berichten.

Eike og
Elin

L.O.

13 DEC. 2001


Ministerium für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur
des Landes Schleswig-Holstein

Regionalrat Sønderjylland/Schleswig
Regionskontor Hærvejen 11 b
BOV

6330 Padborg
Danmark

Kiel, ~~16~~ 12.2001

Ministerin

Erwartungen der Region Sønderjylland/Schleswig an den Dänischunterricht der allgemeinbildenden Schulen im Landesteil Schleswig

Sehr geehrter Herr Holst,
sehr geehrter Herr Rautenberg,

ich bedanke mich für Ihr Schreiben vom 5.11.01, es zeigt deutlich, wie einvernehmlich Bildungsziele aufgefasst werden. In der Tat bildet der Fremdsprachenerwerb einen deutlichen Schwerpunkt der schulischen Bildung insbesondere vor dem Hintergrund der Europäisierung und der Globalisierung. Es überrascht mich nicht festzustellen, dass das Interesse der Schülerinnen und Schüler aller Schularten an modernen Fremdsprachen eine entsprechende Entwicklung durchläuft. In diesem Zusammenhang ist nicht allein das Fach Dänisch im Landesteil Schleswig zu nennen, sondern auch das wachsende Interesse am Fach Spanisch und das aufkeimende Interesse am Fach Italienisch zu erwähnen. Es gilt, zwischen den individuellen Interessen, den übergeordneten Gesichtspunkten wie regionalen Gebundenheiten oder der Anpassung an überregionale Rahmenbedingungen abzuwägen sowie finanziellen Geboten Rechnung zu tragen.

Brunswiker Straße 16 - 22
24105 Kiel
Telefon (04 31) 9 88 - 57 00
Telefax (04 31) 9 88 - 58 14
e-mail: Pressestelle@kumi.landsh.de
Internet: www.schleswig-holstein.de/landsh/mbwfk
Bus: Linie 22, 32, 33, 61, 62

In Bezug auf die von Ihnen vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

Eine Änderung der Stundentafel an den Hauptschulen ist kurzfristig nicht möglich. Ihr Anliegen wird im Rahmen des Konzepts zum Fremdsprachenlernen geprüft.

Die bestehende Erlass-Lage ermöglicht es für Französisch und Dänisch gleichermaßen, dass bei kleinen Gruppengrößen entweder jahrgangsübergreifend gearbeitet oder die Wochenstundenzahl von 4 auf 3 Stunden reduziert wird.

Es ist nicht beabsichtigt, vom Prinzip der Wahlfreiheit im Bereich der 2. Fremdsprache an Realschulen abzuweichen.

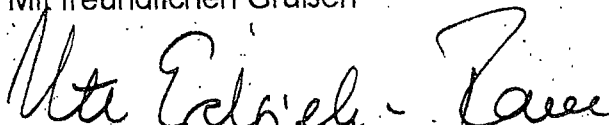
Die Schulen haben die Möglichkeit, Dänisch als Begegnungssprache in der Grundschule zu wählen. Verpflichtungen auf eine bestimmte Sprache sind nicht vorgesehen.

Lehrkräfte werden grundsätzlich bedarfsorientiert und auf der Basis der jeweils zur Verfügung stehenden Planstellen eingestellt. Insofern ist die Forderung, an jeder mehrzügigen Realschule im deutschen Teil der Region Sønderjylland/Schleswig mindestens zwei Lehrkräfte mit dem Fach Dänisch einzustellen, nicht erfüllbar.

Ich nehme Ihre Anregungen in das Geflecht der Bedingtheiten auf, sehe mich jedoch angesichts der vorhandenen finanziellen Gegebenheiten nicht in der Lage, Zusagen zu machen. Ich sehe mich vielmehr gezwungen, Bedenken deutlich werden zu lassen. Die Wahrnehmung der bestehenden Unterrichtsangebote, d.h. die Erfüllung der Stundentafel sowie die Fortentwicklung der Fremdsprachenbegegnung in der Grundschule gilt es zunächst sicher zu stellen. Veränderungen der Stundentafeln oder der Bemessungsgrundlagen für Kursgrößen müssen wohlüberlegt, behutsam und unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte herbeigeführt werden.

Ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihre Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen


Ute Erdsiek-Rave

